



Foto: www.fotolia.de, © Daniel Hohlfeld

» » „Warum so selektiv bei der Bewertung des Hamburger Parteitags der SPD?“ möchte man sowohl Richard Detje, Otto König als auch Andreas Steppuhn zurufen. Das gilt in gewisserweise auch für die Einleitung zum Schwerpunkt. Geht es doch um die grundsätzliche Erneuerung des Verhältnisses der Gewerkschaften und der Parteien. Die selektive Wahrnehmung hat zur Folge, dass entweder zum x-ten Male der Neoliberalismus light der neoliberalen Phase der SPD, kurz der Agenda 2010, entlarvt wird, oder dass bei Andreas Steppuhn das verbesserte Verhältnis zu den Gewerkschaften durch die Beschlüsse zu Mindestlohn und Leiharbeit und das Bekenntnis, die Partei der kleinen Leute zu sein und zu bleiben, reklamiert wird.

» » In der Tat sind die Beschlüsse des Hamburger Parteitags zu Mindestlohn und Leiharbeit wichtig. Bedeuten sie doch eine Abkehr von der neoliberalen Zielsetzung der Agenda 2010, den Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik Deutschland politisch zu etablieren und zu stärken sowie Gute Arbeit als Maßstab künftiger Arbeitspolitik zu setzen. Niedriglohnsektor als Ziel steht im Gegensatz zu den Bedingungen Guter Arbeit: Arbeit, die ökonomische Existenz sichert, die nicht krank macht, die besondere Lebenslagen berücksichtigt, die betriebliche Arbeitsbedingungen und

## Nachhaltigkeit erfordert politische Einmischung

... und eine Zusammenarbeit mit ökologisch-sozialer Bewegung

von Horst Peter und Mathias Lomb



die Unternehmensziele mitbestimmt. Die Politik zur Durchsetzung dieser Ziele wird die Qualität des Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften in Zukunft bestimmen.

Zu befürchten ist, dass sich der Dialog der Linken aus gewerkschaftlicher und parteipolitischer Sicht zu wenig auf das bezieht, was der Kern des Hamburger Parteitags war: das neue Parteiprogramm der SPD. Dabei muss der Dialog über das Jahr 2009 und die Zeit der Großen Koalition hinausreichen.

Was ist nun die auch für die Gewerkschaften zentrale Botschaft des Hamburger Programms? Der Kernsatz steht im Überleitungskapitel zum Praxisteil des Programms unter der Überschrift „Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit“. Dort heißt es: „Nachhaltigkeit betrachten wir als das einzige verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns im 21. Jahrhundert.“ Die weltweite politische Aktualität stützt diese Programmaussage, denn der Klimawandel überfordert die bisherige Logik staatlicher Reformpolitik – selbst die der Linken – und die Logik des modernen Kapitalismus und damit auch die Handlungsstrategien der politischen und wirtschaftlichen Akteure.

»» Das Prinzip Nachhaltigkeit erfordert eine umfassende Politik zum Schutz des Menschen und der Umwelt. So hat der Deutsche Bundestag seine beiden Enquetekommissionen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre als Antwort auf die Herausforderung auf den Klimawandel benannt. Mit Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber haben beide Kommissionen Handlungsvorschläge gemacht, die immer noch auf ihre Umsetzung warten, obwohl sich inzwischen die Lage verschärft hat. Auf diese Herausforderungen reagiert die SPD mit dem Hamburger Programm.

Im Sinne des Nachhaltigkeitsrats der Bundesregierung konzentriert sich das Prinzip der Nachhaltigkeit auf sechs Ziele:

1. erneuerbare Rohstoffe nur unter Beachtung der Nachwuchsrate nutzen (Regenerationsregel);
2. nicht erneuerbare Rohstoffe sparsam und unter Berücksichtigung der Substituierbarkeit verwenden (Effizienzregel);
3. die Aufnahmegrenzen des Naturhaushalts beachten und Schädigungen des Klimas vermeiden (Assimilationsregel);
4. Gefahren und Risiken von technologischen Prozessen minimieren (Risikoregel);
5. die physischen Grundbedürfnisse der Menschen weltweit aktuell und zukünftig durch elementare Existenzsicherung, Bildungschancen für alle und gesunde Lebensverhältnisse gewährleisten (Reproduktionsregel);
6. die dafür erforderlichen staatlichen Eingriffe gesellschaftlich legitimieren (Demokratieregel). Zugespitzt heißt Nachhaltigkeit im Weltmaßstab: Frieden, ökologische und soziale Gerechtigkeit, Demokratie.

»» Was bedeutet dies für die Gewerkschaften und das von ihnen mit Recht beanspruchte politische Mandat? Zunächst einmal eine Erweiterung. Das Prinzip Nachhaltigkeit stellt Zusammenhänge her, die im Alltag getrennt gesehen werden. Arbeit als Stoffwechsel des Menschen mit der ihm äußeren Natur (Karl Marx)

bildet die Grundlage allen Wirtschaftens und lenkt den Blick auf die Realwirtschaft, in der Ökonomie und Ökologie versöhnt werden müssen. Deshalb muss im Kapitalismus das Kapitalverwertungsprinzip ökologisch und sozial eingegrenzt werden. Das Prinzip Nachhaltigkeit hebt die Trennung von Produktion und Konsumtion, von Arbeit und Leben auf. Der Produktionssektor steht in der Mitverantwortung für die ökologische Qualität der Produkte, für die Klimaverträglichkeit der Produktionsweise und für Rohstoff- und Energieeffizienz. Der Sektor auf Menschen bezogener Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Pflege übernimmt Verantwortung für diejenigen Menschen, die von der Qualität der Dienstleistungen abhängig sind. Der Wissenschafts- und Forschungssektor steht in der Verantwortung für die Risiken, die mit der Anwendung seiner Produkte verbunden sind. Der Sektor zur Bereitstellung öffentlicher Güter kann zum Leitsektor für Gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften werden, da der öffentliche Dienst eher Chancen hat als die Privatwirtschaft, neue Formen des Wirtschaftens anzustoßen. Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum sind die Sektoren verbindenden gemeinsamen Maßstäbe.



Foto: www.fotolia.de, © forca

» Klaus Dörre beschreibt in seinem Beitrag unter dem Stichwort innovative Praktiken die Herausforderungen für die Gewerkschaften. Sie sind von Sektor zu Sektor unterschiedlich, da unter den Bedingungen der Nachhaltigkeit Kapitaleigner und abhängig Beschäftigte nicht mehr die einzigen Akteure sind: Besondere Bedeutung haben im Produktionssektor Umweltinitiativen und -verbände sowie Verbraucherorganisationen, im Dienstleistungssektor Nutzerinitiativen wie Eltern und Schülerinnen und Schüler, Studierende im Bildungsbereich, Patientinnen und Patienten, Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Sozialverbände im sozialstaatlichen Bereich, Kritikerinnen und Kritiker bestimmter Risikotechnologien wie Atom- und Gentechnik im Forschungsbereich, Bürger-Innen und NutzerInneninitiativen bei der Gestaltung der öffentlichen Dienste. Das alles bedarf neuer Formen der Kooperation. Der Korporatismus hinter verschlossenen Türen bedarf der Ablösung durch transparente Dialogstrukturen der Beteiligten, welche die Öffentlichkeit einbeziehen. Das gilt für Tarifverhandlungen genauso wie für Bereiche der Mitbestimmung. Lernen können wir von Aktionsformen der GlobalisierungskritikerInnen. Seattle wäre ohne die Kampfkompetenz der Gewerkschaften als Stopp-signal gegen völkerrechtlich legitimierte Konzernimperialismus nicht erfolgreich gewesen, auch die Sozialforen auf unterschiedlichen Ebenen sind ohne Gewerkschaften nicht mehr denkbar.

Es gibt bereits vielfältige Erfahrungen mit neuen Formen der Wahrnehmung eines politischen Mandats durch die Gewerkschaften (vgl. Wolfgang Rose, Klaus-Dieter Schwetzscher). Jüngstes Beispiel ist das erfolgreiche Einwirken von Gewerkschaften auf Wahlkampf und Wahlergebnis in Hessen.

» Mit vielen örtlichen Veranstaltungen, mit Bündnissen und Broschüren, mit Unterschriftenkampagnen und in UnterstützerInnenanzeigen – aber ohne Wahlempfehlung – hatten die Gewerkschaften an die Bürgerinnen und Bürger appelliert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Konzentriert haben sie sich auf Themen, die aus ihrer Sicht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen von Bedeutung sind – Arbeit, Soziales und Bildung. Zwar ist die Wahlbeteiligung trotz eines stark polarisierenden Wahlkampfes gegenüber dem letzten Urnengang leicht gesunken, doch konnte die SPD ein Plus von 7,6% verzeichnen, während die CDU stark mit 12% verliert. Die SPD hat sich in allen Berufsgruppen, außer bei den Selbstständigen, auf Platz 1 schieben können. Knapp 50% der Gewerkschaftsmitglieder haben sich für sie entschieden. Das entspricht einem Plus von 5%. Und somit mehr als doppelt so vielen Stimmenanteilen wie die CDU. Ähnlich den von den Gewerkschaften in den Vordergrund gestellten Themen hatten die WählerInnen unter der Perspektive einer sozialen und ökologischen Moderne drei inhaltliche Aspekte im Blick: nachhaltige Wirtschaft, die Bildungspolitik sowie die soziale Gerechtigkeit. Andrea Ypsilantis SPD ist schon früh mit den Zukunftsthemen Gute Arbeit, Gerechte Bildung und Neue Energien in den Wahlkampf gezogen. Mit einem ursozialdemokratischen und vor allen Dingen progressiven Regierungsprogramm hat sie als erste auf die Übertragung der theoretischen Inhalte des Hamburger Programms in die Praxis gesetzt – und gewonnen. In allen Altersgruppen unter 60 Jahren liegt die SPD jetzt wieder auf Platz 1. Hieraus erwächst die Verpflichtung, gemeinsame Politiken im Diskurs mit den gesellschaftlichen Gruppen, allen voran den Gewerkschaften, umzusetzen. Hessen kann Vorbild sein! ■

⇒ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.

⇒ Mathias Lomb, Gewerkschaftssekretär, aktiv im Kasseler Kreis, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung im LV Hessen, lebt und arbeitet in Kassel.